

Beiträge der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN-Agenda
für Frauen, Frieden und Sicherheit in der Schweiz

KEINFRIEDEN OHNE CARE-ARBEIT



FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die Resolution 1325, welche die Agenda Frauen¹, Frieden und Sicherheit (FFS) begründete, wurde 2000 vom UN-Sicherheitsrat (UNSC) einstimmig angenommen. Sie ist das Ergebnis des weltweiten Engagements von Friedensaktivistinnen und der Zivilgesellschaft. Die UNSCR 1325 soll Frauen an der Konfliktprävention und am Friedensprozess beteiligen, sie in Konflikten schützen, vor Gewalt bewahren und nach Konflikten in den Wiederaufbau einbeziehen. Sie unterstreicht und erweitert den Geltungsbereich und die Bestimmungen internationaler Vereinbarungen für Schutz, Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit wie die CEDAW, die Istanbul-Konvention und die Agenda 2030 (Ziele 5 und 16).

1 Die Kategorie Frauen ist ein soziales Konstrukt, allerdings mit realen Konsequenzen. Wir möchten betonen, dass Frauen keine homogene Gruppe sind, sondern je nach Ausschlusskriterien wie ethnischer Herkunft, Religion, Sexualität, (Nicht-)Behinderung, Alter oder Schicht unterschiedliche Positionierungen haben. Mit Frauen meinen wir Personen, die sich ganz oder teilweise als weiblich identifizieren, von anderen immer oder manchmal so wahrgenommen werden und/oder die als Mädchen/Frau aufwachsen oder aufgewachsen sind. Unsere Definition schliesst Trans- und Cisfrauen sowie Intersexuelle ausdrücklich ein.

ÜBER DAS PROJEKT

Die Schweiz setzt die UNSCR 1325 mit einem Nationalen Aktionsplan (NAP) um. Im Rahmen des Projekts «Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325» werden Erfahrungen der Zivilgesellschaft zur Verbesserung der offiziellen Umsetzung an die Politik weitergegeben. Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF, FriedensFrauen Weltweit und die feministische Friedensorganisation cfd koordinieren diesen Dialog.

Diese Broschüre stützt sich auf Sekundärforschung, qualitative Interviews mit Schweizer NGOs und ihren Partner:innen sowie den Austausch mit Expert:innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft über die Partizipation von Frauen, feministische Friedensförderung und Care-Ökonomie.

Derzeit befasst sich die Schweiz mit der Umsetzung des 4. NAP zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Da der 5. NAP bevorsteht, liefert diese Broschüre Einblicke in Reflexionen und Empfehlungen der Schweizer Zivilgesellschaft zu der Frage: «Wie erschweren sozioökonomische Hürden und Care-Arbeit im Besonderen die Partizipation von Frauen an Politik- und Friedensprozessen?» Damit möchten wir dazu beitragen, dass die Schweiz das Potenzial der FFS-Agenda voll ausschöpft.

FRIEDEN IST MEHR ALS DIE ABWESENHEIT VON KRIEG

Was unterscheidet die feministische Sicht von der vorherrschenden militarisierten Definition von Frieden? Wir verstehen Frieden als positiven Prozess – Befreiung von jeglicher Gewalt, nicht nur physischer und bewaffneter, sondern auch struktureller und kultureller Gewalt. Dies ist die Vision einer Gesellschaft, in der sich jede:r sicher fühlt.

«Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden kann nur erreicht werden, wenn alle Menschen die gleichen Chancen für ein würdiges Leben haben. Was wir heute in der Schweiz haben, ist nur ein oberflächlicher Frieden.»

Theodora Leite, cfd

In dieser Hinsicht ist die Schweiz weit davon entfernt, innerhalb der eigenen Grenzen positiven Frieden zu gewährleisten. Strukturelle Diskriminierung, wie das ungleiche Geschlechterverhältnis in der un(ter)bezahlten Care-Arbeit, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt, Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten, ist in der Gesellschaft verankert. Dies macht das Leben für Frauen und Randgruppen nicht nur unsicherer, sondern schliesst sie auch von der politischen Teilhabe aus. Angesichts ständiger Mikroaggressionen, institutioneller Hürden, begrenzter Ressourcen und damit – ganz entscheidend – auch Zeitnot ist eine sinnvolle Partizipation nicht möglich. Die sinnvolle Partizipation ist ein Grundpfeiler des feministischen Friedens, der entsprechende sozio-ökonomische Bedingungen erfordert.

«In jedem 16. Privathaushalt in der Stadt Zürich arbeitet eine Frau ohne gültige Papiere. Ohne die Arbeit der Sans-Papiers würde Vieles also gar nicht funktionieren. Es ist zynisch, dass wir von ihrer Arbeit profitieren, sie aber gleichzeitig kriminalisieren und ihnen keine politische Teilhabe zugestehen.»

Bea Schwager, Zurich City Card

PARTIZIPATION

Das systematische Ausschliessen ganzer Bevölkerungsgruppen von politischen Entscheidungsprozessen und vom Zugang zur Justiz ist eine gravierende, aber oft unsichtbare Form von Gewalt. Nicht nur Frauen mit Care-Verantwortung wird die politische Partizipation verwehrt. Stand heute sind 25% der Schweizer Wohnbevölkerung vom Grundrecht auf Staatsbürgerschaft ausgeschlossen und können deshalb das Land, in dem sie leben, nicht mitgestalten.

Gemäss der FFS-Agenda ist die Partizipation von Frauen auf allen politischen Entscheidungsebenen eine wichtige Voraussetzung für nachhaltigen Frieden. Im Hinblick auf die nationale und internationale Förderung und Umsetzung der Agenda sollte die Schweiz daher dem ursprünglichen Emanzipationsgedanken der Agenda Rechnung tragen: Krieg nicht für Frauen sicher machen, sondern für Geschlechtergerechtigkeit und eine transformative Friedenspolitik eintreten; im In- und Ausland. Dies ist die wirksamste Konfliktprävention!

KRIEG, WAFFEN UND GELD

Wenn die Schweiz die FFS-Agenda ausserhalb ihrer Grenzen ernsthaft fördern will, muss sie sich verstärkt für den Stopp von Rüstungsexporten einsetzen. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist eine Hauptsorge der FFS-Agenda, die in direktem Zusammenhang mit der Verletzung von Menschen- und Frauenrechten im Besonderen steht. Auch Schweizer Unternehmen beteiligen sich intensiv am Waffenhandel. Laut einem Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft wurde 2020 Kriegsmaterial im Wert von 901,2 Mio. CHF exportiert. Das sind 24% mehr als im Vorjahr. Damit erreicht die Schweiz Platz 14 im weltweiten Ranking der Waffenlieferungen. Bestimmte militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck sind in dieser Statistik nicht enthalten. Zählt man sie hinzu, belaufen sich die Exporte auf 3,8 Mia. CHF. Exporte von Kriegsmaterial in Konfliktgebiete sind zwar verboten, dennoch gelangt es häufig in Länder, die in einen Krieg verwickelt sind. Zahlreiche Beispiele belegen den Einsatz von schweizerischem Rüstungsmaterial in bewaffneten Konflikten. Dies kann nur durch ein generelles Verbot von Rüstungsexporten verhindert werden.

KEIN FRIEDEN OHNE CARE-ARBEIT

Die Corona-Krise hat uns noch stärker vor Augen geführt, wie wichtig Menschen sind, die Fürsorgeaufgaben wahrnehmen. Hier sind die meisten systemrelevanten Berufe zu finden (z. B. in den Bereichen Gesundheit, Einzelhandel, Sozialarbeit, Notdienste, Bildung). Trotz ihrer grossen Bedeutung arbeiten viele Care-Worker unsichtbar unter sozial und wirtschaftlich unsicheren oder prekären Bedingungen. In Beratungs- oder Entscheidungsprozessen finden sie selten Gehör. Dadurch geraten wir in einen Widerspruch: Einerseits brauchen wir Care-Arbeit, um Krisen zu überleben, andererseits befindet sich die Care-Ökonomie selbst in einer Dauerkrise. Dies erschwert die politische Partizipation aller, die in diesem Sektor tätig sind.

«Diese Pandemie zu meistern, hängt davon ab, ob die Frauen weiterhin die Last der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit tragen.»

Elvira Wiegers, VPOD

CARE-ÖKONOMIE

Aus kapitalistischer Sicht erscheinen Investitionen in die Care-Ökonomie unattraktiv, da Care-Arbeit Beziehungsarbeit ist und Kapital nicht angehäuft werden kann. Dennoch sind diese Investitionen für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung und den Schutz der Menschenwürde – zwei wesentliche Faktoren für positiven Frieden – unverzichtbar.

In der Schweiz leisten Frauen jährlich unbezahlte Care-Arbeit im Wert von 248 Mrd. CHF. Das ist mehr als das gesamte nationale Jahresbudget, also die Ausgaben der Bundesregierung, Kantone und Gemeinden. Die Beschäftigung überschreitet zuweilen die Grenzen der Legalität oder erfolgt informell ohne (angemessene) Entlohnung und Wertschätzung. Wird Care-Arbeit ausgelagert, betrifft sie oft Menschen in prekären Situationen, beispielsweise Migrantinnen, die im Tieflohnssektor tätig sind.

Care-Arbeit ist eine der elementarsten Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Sie wird meistens von Frauen geleistet, die damit das Gefüge unserer Gesellschaft zusammenhalten und täglich zu unserem Sicherheitsempfinden beitragen. Für eine geschlechtergerechte Form des Friedens müssen wir Care-Arbeit als Friedensförderung anerkennen und gerechter verteilen. Je besser die Bedingungen, unter denen sie erbracht wird, desto eher durchbrechen wir Gewaltstrukturen.



EMPFEHLUNGEN

Um mehr Möglichkeiten für flächendeckende Gerechtigkeit in der Gesellschaft und die Bedingungen für eine gleichberechtigte Partizipation am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu schaffen, sollte die FFS-Agenda integrativ und inklusiv umgesetzt werden.

1. Anerkennung und Berücksichtigung des feministischen Friedensverständnisses:

- Bisherige militarisierte Definitionen von Frieden und Sicherheit verwerfen; den Begriff im weitesten Sinne auslegen: Abwesenheit von physischer, struktureller und kultureller Gewalt.
- Empfehlungen der relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zur Beseitigung institutioneller und struktureller Gewalt umsetzen.
- Auf alle Massnahmen im Rahmen der FFS-Agenda eine intersektionale Perspektive anwenden.
- Strukturelle und institutionelle Gewalt sowie jede Form von Diskriminierung bekämpfen.

2. Nutzung des Potenzials der FFS-Agenda im Inland:

- Den 5. NAP der Schweiz mit Sicherheitsthemen für Frauen und Randgruppen innerhalb der Schweiz ergänzen, Akteur:innen der schweizerischen Innenpolitik und Zivilbevölkerung einbeziehen, Mittel für die innenpolitische Umsetzung bereitstellen.
- Die Bedingungen der Care-Arbeit sowohl in allen politischen Bereichen als auch in Privathaushalten unter Gender-Gesichtspunkten ermitteln, um Massnahmen im Hinblick auf einen positiven Friedensprozess zu definieren und zu ergreifen.
- Raum schaffen für eine gerechte Besetzung von Positionen auf allen Ebenen sowie für Regierungsverhandlungen, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen.
- Den Zusammenhang zwischen den Waffenlieferungen der Schweiz und gewaltsamen Konflikten sowie sexualisierter geschlechtsspezifischer Gewalt, die in anderen Ländern mithilfe von Kriegsmaterial aus der Schweiz verübt wird, eingestehen und folglich Rüstungsexporte generell verbieten.

3. Unterstützung und Förderung der Partizipation von Frauen:

- Sozioökonomische Hindernisse für eine Beteiligung von Frauen an Friedens- und politischen Entscheidungsprozessen ergründen und beseitigen; Forschung zur Care-Ökonomie und politischen Ausgrenzung von Sans-Papiers und Migrant:innen (oder anderen Randgruppen) finanzieren, um mehr evidenzbasierte Empfehlungen zu erreichen.

- Care-Arbeit zur Beseitigung von Barrieren finanziell und politisch fördern, damit die mehrheitlich weiblichen Care-Worker Friedens- und politische Prozesse mitgestalten können; Projekte und Initiativen unterstützen, die die Bedingungen für Care-Arbeit in der Schweiz und im Ausland verbessern.
- Unbezahlte Care-Arbeit in der Schweiz nicht ignorieren, sondern reduzieren und umverteilen, um Bedingungen zu schaffen, die eine politische Teilhabe ermöglichen.
- Stimm- und Wahlrecht auf alle in der Schweiz lebenden Personen ausweiten.
- Aufenthaltsstatus von Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung oder mit prekäreren Status in der Care-Arbeit anerkennen und legalisieren (Sans-Papiers oder Asylsuchende).
- Da konfliktbetroffene Staaten selten Wohlfahrtsstaaten sind, sollte ein Mindestanteil (5%) des in die Nachkriegswirtschaft investierten Kapitals, inkl. aus Privatunternehmen, automatisch in die Care-Ökonomie investieren werden.
- Um die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen zu vereinfachen, braucht es gendersensible Massnahmen. Dazu gehören Kinderbetreuung, der Inhalt und das Format der Verhandlungen sowie ein Wiederaufbau, der nicht nur physische Infrastrukturen, sondern auch die Care-Ökonomie mitdenkt.
- Langfristig Finanzmittel für zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen bereitstellen, die nicht projektgebunden sind, damit die Partizipation möglichst lang gefördert werden kann.

4. Care-Arbeit in den Mittelpunkt der Friedensförderung stellen:

- Care-Worker sind für Frieden und Sicherheit unverzichtbar. Alle im NAP 1325 involvierte Bundesinstitutionen (EDA, VBS, SEM, SECO usw.) müssen analysieren, wie die Care-Ökonomie im Kontext, wo sie tätig sind, organisiert ist, welche Fürsorgebedürfnisse die Menschen haben, und ihre Arbeit entsprechend orientieren.
- Jene, die in erster Linie Care-Arbeit erbringen, sollen vor politischen Entscheidungen aktiv angehört und ihre Bedürfnisse bei der Gestaltung und Budgetierung von Friedensförderung und internationaler Zusammenarbeit berücksichtigt werden.

IMPRESSUM

Collage Art Ximena Lama, www.ximenalama.com
Design Angela Reinhard, www.atelier-nordfoehn.ch
Text Izabel Barros, Leandra Bias, Andrea Filippi, Natalina Haller, Joana Salvadé
Übersetzung Übersetzer Gruppe Zürich GmbH, www.ugz.ch
 © 2021 Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF, FriedensFrauen Weltweit, die feministische Friedensorganisation cfd

INTERNATIONALE LEITLINIEN FÜR GESCHLECHTERGLEICHHEIT

Die Schweiz muss Mittel bereitstellen, um die drei wichtigsten internationalen Leitlinien zur Geschlechtergerechtigkeit, zu denen sie sich verpflichtet hat, tatsächlich umzusetzen.

Die 1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen. Sie verpflichtet zu Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen. Die Schweiz hat die CEDAW, das wichtigste internationale Instrument für Geschlechtergleichheit, 1997 ratifiziert.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) von 2011 hat die Schweiz 2017 ratifiziert. Es bekämpft die Ursachen verschiedener Formen von Gewalt und sichert den Betroffenen Unterstützung und Schutz zu. Geschlechtsspezifische Gewalt wird darin als Menschenrechtsverletzung und als Form von Diskriminierung gegen Frauen definiert.

Die Agenda 2030 wurde 2015 einstimmig von der UN-Generalversammlung angenommen. Sie enthält 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, darunter auch Geschlechtergleichheit. Die Ziele berücksichtigen wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung und müssen bis 2030 von allen UN-Mitgliedsstaaten erreicht werden.

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

cfd

Stärkt Frauen,
Differt Perspektiven.



**swiss
peace**